

Leistungen für den Fachbeitrag Klimaschutz

Los 2

L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)

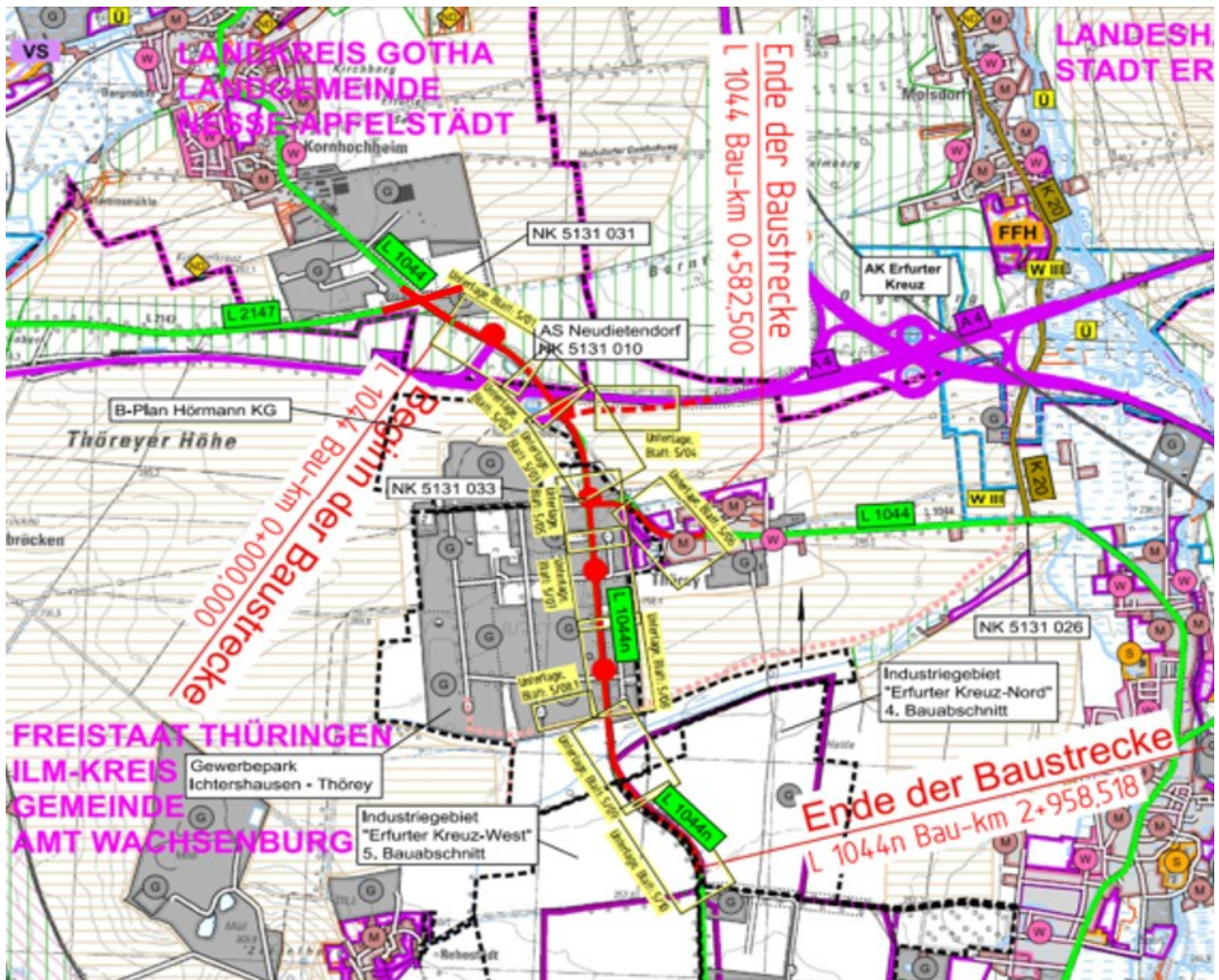
Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Beschreibung der Planungsaufgabe	2
1. Allgemeines	2
2. Beschreibung des Bauvorhabens.....	4
3. Randbedingungen und Zwangspunkte, Leistungen des Auftraggebers	4
4. Ziele des Fachbeitrags Klimaschutz.....	4
5. Bestandteile des Fachbeitrags Klimaschutz.....	5
6. Gliederung des Fachbeitrags Klimaschutz	5
7. Anforderungen an die zu übergebenden Daten und Dokumente.....	6
B. Beschreibung der Grundleistungen	
entfällt	
C. Beschreibung der Leistungen	7
1. Klären der Aufgabenstellung und Ermitteln des Leistungsumfangs.....	7
2. Ermittlung, Beschreibung und Bilanzierung der THG-Emissionen.....	7
3. Abgestimmte Fassung des Fachbeitrags Klimaschutz.....	9
4. Optional: Zusätzliche Leistungen	9

A. Beschreibung der Planungsaufgabe

1. Allgemeines

Der Freistaat Thüringen, vertreten durch das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, plant den Ausbau der L 1044/L 1044 N vom Knotenpunkt L2147 / Molsdorfer Lindenweg über die Anschlussstelle Neudietendorf mit der A 4 durch das Gewerbegebiet Thörey bis zum Beginn der Aufweitung Knotenpunkt „Wolff-Knippenberg-Straße“, für die Erweiterung Industriegebiet „Erfurter Kreuz“ (s. Übersichtsplan). Die Planung der Anschlussstelle der A 4 Neudietendorf erfolgt in Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Autobahn GmbH des Bundes. Der Landschaftspflegerische Begleitplan inklusive aller besonderen Leistungen ist ganzheitlich für die Gesamtmaßnahme Ausbau der L1044/L1044N und den Ausbau der AS Neudietendorf zu erarbeiten.



Zur Vervollständigung der Unterlagen ergibt sich die Notwendigkeit der Erstellung
– des Fachbeitrages Klimaschutz.

Die Position zur Abschätzung der THG-Emissionen durch Landnutzungsänderungen ist Bestandteil des Loses 1. Entsprechend erfolgt eine Zuarbeit durch den LBP-Planer.

Koordinierung der Leistung

Die Koordinierung und Überwachung der Termineinhaltung aller dieses Vorhaben betreffenden Planungsleistungen einschließlich der anhängigen Fachplanungen, obliegt dem Projektverantwortlichen/Verkehrsplanung des Auftraggebers (AG), welcher dem Auftragnehmer (AN) mit Auftragsvergabe benannt wird. Der Verantwortliche seitens des AG sowie der Autobahn GmbH des Bundes für die fach-, sach- und termingerechte Erarbeitung des Fachbeitrages Klimaschutz wird ebenfalls mit Auftragsvergabe benannt.

Abstimmungen, die Planung betreffend, sind zwischen dem Ingenieurbüro/LBP, Ingenieurbüro/Verkehrsanlagen und dem Ingenieurbüro/Fachbeitrag Klimaschutz kontinuierlich und eigenverantwortlich, unter Einbeziehung der jeweils Projektverantwortlichen/Straßen- und Umweltplanung des AG sowie den Verantwortlichen der Autobahn GmbH, durchzuführen und entsprechend zu protokollieren.

Die Teilnahme an Planungsbesprechungen, Beratungen, Abstimmungen mit dem AG, der Autobahn GmbH, Behörden und anderen Planungsbeteiligten ist Bestandteil der Grundleistung. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Treten bei der Bearbeitung der Planungsunterlagen Umstände ein, die eine Bearbeitung bzw. Fortsetzung der Arbeiten erschweren oder unmöglich machen, ist dieser Sachverhalt dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Mitwirkung

Für die Mitwirkung bei der Erläuterung der Planungen vor Bürgern und politischen Gremien in den einzelnen Planungsphasen ist die Teilnahme an bis zu drei Terminen Grundleistung des Vertrages. Weitere Termine werden im Rahmen besonderer Leistungen gesondert vergütet. Erläuterungen und Argumentationen zu Planungsinhalten sind vorab mit dem AG und der Autobahn GmbH abzustimmen. Die Abgabe bindender Erklärungen gegenüber Dritten, insbesondere solcher mit finanziellen Verpflichtungen ist ausdrücklich dem AG vorbehalten.

Auskünfte, Erklärungen und Aushändigung von Unterlagen gegenüber Dritten, die sich auf Planungsinhalte beziehen, bedürfen zwingend der Einwilligung des AG.

Ausgenommen davon sind die an der Planung beteiligten Fachplaner.

Technische Regelwerke

Für die gemäß dem Vertrag zu erbringenden Ingenieurleistungen gelten grundsätzlich die HVA-F-StB in der jeweils zum Vertragsabschluss gültigen Fassung. Die Unterlagen sind entsprechend der „Richtlinien für die einheitliche Gestaltung von Entwurfsunterlagen im Straßenbau“ (RE, Ausgabe 2012) in Verbindung mit den „Ad-hoc-Arbeitspapier zur Berücksichtigung von großräumigen Klimawirkungen bei Straßenbauvorhaben“ (AP Klimaschutz Straße, FGSV, Aushabe 2023) zu erstellen.

Zuarbeiten zu den Lageplänen/ Verkehrsanlagen und LBP mit Hinweisen zu Vermeidungs-, Minimierungs- und Schutzmaßnahmen sind Bestandteil der Grundleistung.

Einholen von Daten und Unterlagen

Für die Beschaffung und Auswertung planungsrelevanter Daten und Unterlagen erhält der AN vom AG mit Auftragsvergabe eine Vollmacht, auf deren Grundlage die Daten eigenverantwortlich ohne gesonderte Vergütung einzuholen sind. Ausgenommen hiervon sind, soweit anfallend, Verwaltungskosten für die Datenbereitstellung.

Honorar

Die Honorarermittlung für das gesamte Leistungsbild des Fachbeitrages Klimaschutz erfolgt auf Angabe von Pauschalen, welche auf Grundlage der benötigten Arbeitsstunden und des Stundensatzes zu kalkulieren sind.

Sollten weitere besondere, im Vorfeld nicht erkennbare Leistungen im Verlauf der Planung erforderlich werden, sind diese dem AG unverzüglich anzuzeigen und vor Leistungserbringung vertraglich zu regeln.

Die Nebenkosten sind als prozentuale Pauschale anzubieten. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung von zusätzlichen Fahrt- oder Übernachtungskosten (Vergütung über vorgenannte Nebenkostenpauschale).

Termine

Das gesamte Leistungsbild des Fachbeitrages Klimaschutz ist, vorbehaltlich der Vorlage der Entwurfsplanung/ Verkehrsanlagen zum 31.10.2026, bis 28.02.2027 als Lesefassung zu erbringen. Der Endbericht ist bis spätestens 30.04.2027 vorzulegen.

2. Beschreibung des Bauvorhabens

Das Ausbauvorhaben der L 1044 N (L 1044 N Ausbau zwischen A4 und L 3004) ist als priorisiertes Vorhaben mit vordringlichem Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Freistaates Thüringen ausgewiesen.

Laut Verkehrsprognose 2030 werden im DTV 12.340 Kfz/24h erwartet, hiervon beträgt der Schwerlastanteil 1.110 Kfz/24h. Das geplante Bauvorhaben befindet sich überwiegend innerhalb der Gemarkung Thörey sowie teilweise innerhalb der Gemarkungen Kornhochheim, Ichtershausen Sülzenbrücken und Molsdorf.

Die Baustrecke beginnt im Zuge der bestehenden L 1044 nördlich des Nordknotens der AS Neudietendorf an der A 4 beim Knotenpunkt L2147/Molsdorfer Lindenweg und endet bei Bau-km 2+958 im Zuge der L 1044 N nördlich des Knotenpunktes „Wolff-Knippenberg-Straße“. Die Baustrecke der Thöreyer Straße L 1044 beginnt ca. 160 m westlich der L 1044 N und endet in Thörey im Bereich der Einmündung des Sankt-Florian-Weges in der Thöreyer Straße/Hauptstraße. Die Baustrecke im Zuge der L 1044 hat eine Länge von ca. 0,58 km.

Die Anschlussstelle der L 1044 an die A 4 wird aktuell durch die Autobahn GmbH des Bundes neu geplant. Das Ergebnis der Variantenuntersuchung der Vorplanung ist eine geringe Verschiebung der Brücke der A 4 über die L 1044 in Richtung Osten und die Verlegung der Anschlussstelle auf die Ostseite der L 1044. Die Entwürfe der Umverlegung der Anschlussstelle A 4 und des Um- und Ausbaus der L 1044 N werden separat jeweils durch die Autobahn GmbH des Bundes und durch das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr bearbeitet. Federführend im Rahmen der Genehmigungsplanung ist Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV), welches die Unterlagen bündelt. Die Erstellung der umweltrelevanten Unterlagen auf Ebene der Entwurfs- und Genehmigungsplanung werden durch das TLBV gesamtheitlich beauftragt und in Abstimmung mit der Autobahn GmbH betreut.

3. Randbedingungen und Zwangspunkte

- Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die erforderlichen Abstimmungs- und Arbeitsgespräche, insbesondere
 - die Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen an der Planung Beteiligten (z. B. Straßenentwurf, Landschaftsplanung, Ingenieurbau) sowie
 - die Beteiligung und Abstimmung mit Dritten.
 - Erarbeitung im Zuge des Planungsprozesses unter Berücksichtigung relevanter Unterlagen aus vorhergehenden Entscheidungen und Auflagen sowie der Gesamt- und Fachplanungen.
- Leistungen des Auftraggebers: Auflistung der wesentlichen Zwangspunkte (z.B. Zuwegung, Verkehrsführung, Gestaltungsanforderungen)
- Folgende Unterlagen werden vom AG zur Verfügung gestellt: Unterlagen Verkehrsanlagenplanung

4. Ziele des Fachbeitrags Klimaschutz

Die Planung von Straßenbauvorhaben (netzplanerisch, technisch, umwelt- und naturschutzfachlich) unterliegt neben den gesetzlichen Bestimmungen eindeutigen Reglements. Hierzu zählen die „Hinweise zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkung in der Vorhabenzulassung“ des BMDV, eingeführt per Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS) am 25.01.2023, für Bundesfernstraßen. Mit Schreiben vom 06.02.2023 hat das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) dem Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLVB) das ARS 03/2023 zur

Kenntnis gegeben und über dessen verbindliche Anwendung für Bundes- und Landesstraßen informiert. Um im Zuständigkeitsbereich des TLBV die rechtsichere Zulassung von Neubau- und Änderungsvorhaben von Bundes- sowie Landesstraßen zu gewährleisten, ist das Hinweispapier zwingend anzuwenden und projektspezifisch in den Genehmigungsunterlagen umzusetzen.

Auf Basis der „Hinweise zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkung in der Vorhabenzulassung“ wird die Straßenbauverwaltung als Vorhabenträger in die Lage versetzt einheitlich, ordnungsgemäß und angemessen abzuschätzen (Ermittlung, Beschreibung, Bewertung), in welchem Maß ein Vorhaben Einfluss auf die Freisetzung von Treibhausgasen im Sinne des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) haben kann. Zudem dient das „Ad-hoc-Arbeitspapier zur Berücksichtigung von großräumigen Klimawirkungen bei Straßenbauvorhaben“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV 2023) als methodische Hilfestellung, um das globale Klima und die Treibhausgasemissionen bei der Planung von Straßenbauvorhaben zu berücksichtigen. Die Bewertung der großräumigen Klimawirkung nach § 13 KSG ersetzt in keinem Fall die Betrachtung des Schutzgutes Klima im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

5. Bestandteile des Fachbeitrags Klimaschutz

Der Fachbeitrag hat die Anforderungen des § 13 Abs. 1 Satz 1 Klimaschutzgesetz (KSG) zu berücksichtigen und dient der Darstellung und Bewertung des Vorhabens auf die nationale Klimaschutzbilanz.

Der Fachbeitrag Klimaschutz ist entsprechend dem „Ad-hoc-Arbeitspapier zur Berücksichtigung von großräumigen Klimawirkungen bei Straßenbauvorhaben – AP Klimaschutz Straße“, Ausgabe 2023, FGSV e.V., für die Leistungsphasen Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung zu erstellen.

Die Ermittlung der THG-Emissionen für Straßenbauvorhaben erfolgt getrennt für die folgenden Teilbereiche:

- **THG-Lebenszyklusemissionen:** Bau, Erhaltung und Betrieb der Straßeninfrastruktur und seiner Bauwerke (Sektor Industrie im Sinne des KSG)
- **Verkehrsbedingte THG-Emissionen** durch die Nutzung der Straßenverkehrsinfrastruktur nach Fertigstellung (Sektor Verkehr und Sektor Energiewirtschaft im Sinne des KSG)
- **Landnutzungsbedingte THG-Emissionen:** Inanspruchnahme (und Neuanlage) von Böden oder Biotopen mit Funktionen als Treibhausgasspeicher oder Treibhausgassenke (Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft im Sinne des KSG).

6. Gliederung des Fachbeitrages Klimaschutz

Für den Fachbeitrag Klimaschutz ist folgende Gliederung vorgesehen:

1. *Inhaltsverzeichnis*
2. *Anlass und Aufgabenstellung*
3. *Darstellung der rechtlichen und methodischen Grundlagen des Klimaschutzes*
4. *Darstellung der Berechnungsgrundlagen*
5. *Darstellung der Auswirkungen der THG-Emissionen und deren Bilanzierung nach den relevanten Sektoren*
 - a. *Sektor Industrie – Lebenszyklusemissionen*
 - b. *Sektor Verkehr / Energiewirtschaft – betriebsbedingte Emissionen durch den Verkehr im Straßennetz*
 - c. *Sektor Landnutzungsänderung – Abschätzung der Landnutzungsänderungen*
6. *Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen*
7. *Gesamtbetrachtung/Gesamtbilanzierung der klimaschutzrelevanten Emissionen und Bewertung*
8. *Tabellenverzeichnis*
9. *Abbildungsverzeichnis*
10. *Quellenverzeichnis*
11. *ggf. Abkürzungsverzeichnis für tatsächlich verwendete Begriffe*
12. *ggf. Anhang*

7. Anforderungen an die zu übergebenden Daten und Dokumente

- 7.1 Die Planunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen sind dem Auftraggeber in digitaler Form (Planunterlagen im dxf -Format sowie im pdf-Format; Beschreibungen und Berechnungen als Word- bzw. Excel-Datei im docx- bzw. xlsx-Format; Präsentationen als PowerPoint-Datei im pptx-Format) und
- ☒ zusätzlich in analoger Form als kopierfähiger Farbausdruck (4-fach) zu übergeben. Die Anforderungen an die Übergabe von digitalen Daten (Anlage B-05) sind zu beachten.
- 7.2 Digitale Bestands- und Objektdaten sind im OKSTRA-, IFC- bzw. SHAPE-Format zu übergeben.
- 7.3 Der Auftragnehmer hat die von ihm zu übergebenden Unterlagen im nötigen Umfang zu bearbeiten, u. a. normengerecht farbig und mit Planzeichen und Legende anzulegen sowie DIN-gerecht zu falten. Das Schriftfeld des Auftraggebers ist zu übernehmen.
- 7.4 Der Auftragnehmer hat die von ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasser“ zu unterzeichnen.

B. Beschreibung der Grundleistungen

Entfällt.

C. Beschreibung der Leistungen

Titel	Leistungstext	M e n g e	Ein- heit	EP in €	GP in €
1: Klären der Aufgabenstellung und Ermitteln des Leistungsumfangs					
1.01	Zusammenstellen, Prüfen und Auswerten der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten planungsrelevanten Unterlagen <i>Zu den Daten gehören insbesondere:</i> – Straßenentwurf, – Unterlagen zu den Ingenieurbauwerken, – Landschaftspflegerischer Begleitplan mit den Schutz-, Vermeidungs- u. Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen, – Umweltfachliche Untersuchungen (FFH-Verträglichkeitsprüfung, Artenschutzbeitrag, ggf. UVS), – ggf. durch Fachplaner bereits ermittelte verkehrsbedingte THG-Emissionen, – Verkehrsuntersuchungen, Sondergutachten, – sonstige Unterlagen Dritter.	1	Psch.		
1.02	Aufbereitung der Daten und Unterlagen – Die vom Auftraggeber beigestellten Unterlagen sind zu sichten und für die ordnungsmäße Aufgabenerfüllung aufzubereiten. – Erforderliche sonstige Datenerfassungen im Hinblick auf das Planungsziel sind vorzuschlagen und mit dem Auftraggeber abzustimmen. – Die Auswahl insbesondere der entscheidungserheblichen Daten ist zu begründen und die ausreichende Aktualität der Daten zu dokumentieren.	1	Psch.		
1.03	Aufstellen eines verbindlichen Zeitplans unter Berücksichtigung der notwendigen Fachplanungen	1	Psch.		

Summe aus 1

2: Ermittlung, Beschreibung und Bilanzierung der THG-Emissionen

2.01	Prognose der THG-Lebenszyklusemissionen (Sektor Industrie) <i>Die THG-Emissionen des Lebenszyklus sind entsprechend den Anforderungen an die jeweilige Planungsebene anhand des Methodenhandbuchs zum Bundesverkehrswegeplan summarisch entsprechend dem AP Klimaschutz Straße, Kapitel 4 für die Phasen Errichtung, Betrieb und Erhaltung als CO₂-Äquivalent (CO₂-eq/a) abzuschätzen und darzustellen.</i> <i>Ermittlung der THG-Emissionen nach versiegelter Fläche anhand von Streckenlänge und Regelquerschnitt und unter Berücksichtigung von Aufschlägen für Ingenieurbauwerke (Brücken und Tunnel) einschließlich des Straßenbetriebs.</i>	1	Psch.		
------	---	---	-------	--	--

Titel	Leistungstext	M e n g e	Ein- heit	EP in €	GP in €
	<i>Darüber hinaus ist in Abstimmung mit dem Auftraggeber darzustellen, inwiefern die technische Planung und das Baukonzept dazu beitragen können, die THG-Emissionen so weit wie möglich zu reduzieren.</i>				
	Für die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3): <i>Ermittlung der THG-Emissionen für die Entwurfs- bzw. Vorzugsvariante.</i>				
	Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4): <i>Ermittlung der THG-Emissionen für den Feststellungsentwurf.</i>				
2.02	Berechnung der THG-Emissionen aus dem Verkehr (Sektor Verkehr / Sektor Energiewirtschaft)	1	Psch.		
	<i>Die Berechnung der betriebsbedingte THG-Emissionen aus dem Straßenverkehr sind entsprechend den Anforderungen an die jeweilige Planungsebene nach AP Klimaschutz Straße, Kapitel 3 und dem „Handbuch für Emissionsfaktoren“ (HBEFA) als CO₂-Äquivalent (CO₂-eq/a) zu berechnen und darzustellen.</i>				
	Für die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3): <i>Detaillierte THG-Bilanzierung für Prognose-Nullfall (ohne Vorhaben) und Prognose-Planfall (bei Umsetzung der Entwurfsvariante) im Untersuchungsraum unter Berücksichtigung der Längsneigung, Verkehrsqualität sowie der Verkehrszusammensetzung und -verteilung. Ausweisung der THG-Emissionen separat für die Sektoren „Verkehr“ (Tank-To-Wheel) und „Energiewirtschaft (Well-To-Tank).</i>				
	Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4): <i>Detaillierte THG-Bilanzierung für Prognose-Nullfall (ohne Vorhaben) und Prognose-Planfall (bei Umsetzung der Vorzugsvariante) im Untersuchungsraum unter Berücksichtigung der Längsneigung, Verkehrsqualität sowie der Verkehrszusammensetzung und -verteilung. Ausweisung der THG-Emissionen separat für die Sektoren „Verkehr“ (Tank-To-Wheel) und „Energiewirtschaft (Well-To-Tank) auf Basis des europäischen und des deutschen Strommix.</i>				
2.03	Einarbeitung der THG-Emissionen aus dem Verkehr (OPTIONALE LEISTUNG)	-	-	---	---
	<i>Einarbeiten der THG-Emissionen aus dem Verkehr. Diese zugelieferten Berechnungsergebnisse sind in den Fachbeitrag Klimaschutz zu integrieren und in die Gesamtbetrachtung aufzunehmen.</i>				
2.04	Abschätzung der THG-Emissionen durch Landnutzungsänderungen	-	-	---	---
	<i>Zuarbeit erfolgt in Los 1</i>				
2.05	Einarbeitung der THG-Emissionen durch die Landnutzungsänderung	1	Psch.		
	<i>Einarbeiten der THG-Emissionen durch die Landnutzungsänderung. Der zugelieferte Beitrag ist in den Fachbeitrag Klimaschutz zu integrieren und in die Gesamtbetrachtung aufzunehmen.</i>				
2.06	Gesamtbetrachtung	1	Psch		
	<i>Die THG-Emissionen durch den Verkehr im Straßennetz, den Lebenszyklusemissionen und aus der Landnutzungsänderung sind für die jeweilige Planungsebene in ihrer Gesamtwirkung (auch in Tabellenform) darzustellen und zu bewerten (Gesamtbilanzierung der klimaschutzrelevanten Emissionen).</i>				

Titel	Leistungstext	M e n g e	Ein- heit	EP in €	GP in €
2.07	Zusammenfassendes Darstellen der Ergebnisse in Text und Karte <i>Erstellen der vorläufigen Fassung des Fachbeitrags in Text (inkl. Tabellen) und Karte.</i>	1	Psch.		
2.08	Erörterung Fachbeitrag mit dem Auftraggeber <i>Präsentation und Abstimmen der Ergebnisse, weiteres Vorgehen.</i>	1	Psch.		

Summe aus 2

3: Abgestimmte Fassung des Fachbeitrags Klimaschutz

3.01	Darstellen des Fachbeitrags Klimaschutz in der mit dem Auftraggeber abgestimmten Fassung in Text und Karte <i>Aufbau Fachbeitrag Klimaschutz gemäß Gliederung (siehe Teil A der Leistungsbeschreibung). Einarbeiten der Änderungen gem. dem Ergebnis der Abstimmung. Einarbeiten von Prüfanmerkungen des Auftraggebers in die vorläufige Fassung. Die Abschlussbesprechung und Übergabe der endgültigen Fassung des Fachbeitrags Klimaschutz in der vertraglich vereinbarten Form.</i> <i>Zusätzlich: Ergänzend zum Fachbeitrag ist eine Zusammenfassung mit den wesentlichen Fakten/Ergebnissen zur Übernahme in den UVP-Bericht bzw. den Erläuterungsbericht zu erstellen.</i>	1	Psch.		
------	--	---	-------	--	--

Summe aus 3

4: Optional: Zusätzliche Leistungen

4.01	Mitwirken Öffentlichkeitsarbeit <i>Mitwirken an der Öffentlichkeitsarbeit des Auftraggebers einschließlich Mitwirken an Informationsschriften und öffentlichen Diskussionen sowie Erstellen der dazu notwendigen Planungsunterlagen und Schriftsätze (Teilnahme und Protokollführung, Vor- und Nachbereitung einschließlich Erstellung der dazu notwendigen Planungsunterlagen und Schriftsätze (TÖB-Unterlage, (PowerPoint-)Präsentation).</i>	1	h		
4.02	Teilnahme an Sitzungen polit. Gremien <i>Teilnahme an Sitzungen politischer Gremien des Auftraggebers oder an Sitzungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung (Teilnahme und Protokollführung, Vor- und Nachbereitung einschließlich Erstellung der dazu notwendigen Planungsunterlagen und Schriftsätze (TÖB-Unterlage, (PowerPoint-)Präsentation).</i>	-	-	---	---

Summe aus 4

Summe aus 1 - 4

Honorarübersicht/Nebenkosten Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz		Anlage-Nr.: C-03
		Vertrags-Nr.: 25-3-35 153001-0020-00
Projekt: L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf) Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz		
Zeile [Z.]	Leistung	Gesamthonorar EUR
1.	Klären der Aufgabenstellung und Ermitteln des Leistungsumfangs	
2.	Ermittlung, Beschreibung und Bilanzierung der THG-Emissionen	
3.	Abgestimmte Fassung des Fachbeitrags Klimaschutz	
(1)	Summe der Gesamthonorare [Z. 1 bis Z. 3] Netto	
(2)	Nebenkosten / Auslagen (RVP Ziff. 1.3)	
☐	Die Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet.	
☐	Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit	
☒	Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit v. H. des Nettohonorars.	
☐	Die Nebenkosten werden auf Nachweis erstattet.	
	Gesamtvergütung [Summe aus (1) und (2)] Netto	
	Umsatzsteuer 19 v. H.	
	Brutto	

Name und Anschrift des Bewerbers

	Ort:
	Datum:
	Telefon:
	Fax:
	E-Mail:
	Az.-Nr.: 152-0004/26-F-OV-41

Eigenerklärung zur Eignung (Los 2)

(vom Bewerber/Bieter bzw. Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft
und ggf. von seinen Nachunternehmern / Unterauftragnehmern soweit diese keine EEE abgeben wollen, auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

Bezugshinweis: Zu Punkt 5 der Aufforderung zur Angebotsabgabe [§ 45 (4) Nr. 2. VgV]

Angaben zum Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung	Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung gemäß Nr. 2 der Vertragsbedingungen mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von <u>1,5</u> Mio € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von <u>1 Mio.</u> € abschließen werde(n). Eine entsprechende Zusicherung der Versicherung bzw. ein entsprechender Versicherungsnachweis ist als Anlage beigelegt.
--	--

	Jahr	Gesamtumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags
Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren (brutto).	2024	_____€	_____€
	2023	_____€	_____€
	2022	_____€	_____€

Bezugshinweis: Zu Punkt 5 der Aufforderung zur Angebotsabgabe [§ 46 (3) Nr. 1 VgV]

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich /werden wir für die unten genannten Leistungen erläuternde Angaben einschließlich einer Bestätigung durch den Auftraggeber, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden, auf gesondertes Verlangen vorlegen.

1. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers:

2. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers:

3. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers:

Es können auch mehr als drei Referenzen angegeben werden, diese sind dann auf gesonderter Anlage vorzunehmen.

Die Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufs- bzw. Lohngruppen mit extra ausgewiesenen Führungskräfte, ggf. auf gesonderter Anlage darstellen.	1. Jahr _____ _____ _____ _____
	2. Jahr _____ _____ _____ _____
	3. Jahr _____ _____ _____ _____

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes	☐	Ich bin / Wir sind eingetragen im Handelsregister
		unter der Nummer: _____
		beim Amtsgericht: _____
	☐	Ich bin / Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.
	Ich gehöre / Wir gehören zu	
	☐	freiberuflichen Ingenieuren
	☐	freiberuflichen Architekten
☐	Ingenieur- und Architektenkammer	
☐	zugelassenen Prüferingenieuren	
☐	_____	

Bezugshinweis: § 124 (1) Nr. 2 GWB

		Ja	Nein
Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde beantragt.	☐	☐
	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet.	☐	☐
	Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.	☐	☐
	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	☐	☐
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde(n) ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen.			
Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.	☐	☐

Bezugshinweis: Ausschlussgründe gemäß § 123 (1) GWB, § 123 (4) Nr. 1 GWB sowie § 124 (2) GWB

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt	Ich erkläre / Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen bzw. bei nationalen Vergabeverfahren keine schweren Verfehlungen vorliegen, die meine/ unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht – gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder – gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
---	--

	– gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
--	---

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, dessen Angebot beauftragt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Bezugshinweis: § 123 (4) Nr. 1 GWB

Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen

Ich erkläre / Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Bezugshinweis: § 125 GWB

☐ Ich erkläre/wir erklären, dass zwar für mein/unser Unternehmen Ausschlussgründe gemäß vorstehender Regelungen vorliegen, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Der Auftraggeber wird von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung anfordern.

Bezugshinweis: Zu Punkt 5 der Aufforderung zur Angebotsabgabe [§ 46 (3) Nr. 9 VgV]

Angaben zur Ausstattung, Geräte und technischer Ausrüstung über die der Bewerber zur Erfüllung der Dienstleistung verfügt
(inkl. verwendete Hardware und Software)

☐ Ich erkläre/wir erklären, dass die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, welche für die Erbringung der Leistung notwendig ist, in meinem/unserem Unternehmen vorhanden ist bzw. rechtzeitig vor Leistungsbeginn beschafft wird und für den Einsatz im Projekt zur Verfügung steht.

<i>Bezugshinweis: zu Punkt 5 der Aufforderung zur Angebotsabgabe [§ 46 (3) Nr. 2 und Nr. 6 VgV]</i>	
Angabe zu den Personen, die die Leistung tatsächlich erbringen bzw. zu den Führungskräften des Unternehmens	
Namen der Personen mit Funktion (auch technische Leitung)	Berufliche Qualifikation
Entsprechende Nachweise in Form von Studiennachweisen oder sonstigen Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübten Tätigkeiten zu den Personen sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen.	

Anlagen:

- [illegible]

Mit freundlichen Grüßen

..... (Ort) (Datum) (Unterschrift)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

(vom Bieter ggf. auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder:

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Wir erklären¹, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschrift)

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschrift)

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschrift)

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschrift)

¹ Die Bietergemeinschaft hat bei elektronischer Abgabe über die Vergabepattform mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben. Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige ich, für Teile des Auftrags, mich der Fähigkeiten von Unterauftragnehmern zu bedienen. Hierzu benenne ich nachfolgend die dafür vorgesehenen Teilleistungen und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer.

Beschreibung der Teilleistung	Namen der Unterauftragnehmer (erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle)

Bezeichnung der Leistungen:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige(n) ich mich/wir uns im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen.

Angabe zu der überlassenen Kapazität	Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des Unternehmens (auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
Datum: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____
Az.-Nr.: 152-0004/26-F-OV-41

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ **Koordinator der Gesamtmaßnahme**

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____ Name: _____

E-Mail: _____
Straße: _____ Telefon: _____
PLZ/Ort: _____ Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____ Name: _____

E-Mail: _____
Straße: _____ Telefon: _____
PLZ/Ort: _____ Fax: _____

☐ Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

Und als Stellvertreter:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

☐ Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

Und als Stellvertreter:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

☐ Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

Und als Stellvertreter:

Firma:	_____	Name:	_____
	_____	E-Mail:	_____
Straße:	_____	Telefon:	_____
PLZ/Ort:	_____	Fax:	_____

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Ort).....
(Datum).....
(Stempel und Unterschrift)

Eigenerklärung zum Thüringer Vergabegesetz gemäß § 8 Abs. 1 S. 1

- Für Aufträge staatlicher Auftraggeber sowie Universitäten und ihrer Einrichtungen

Wichtiger Hinweis:

Diese Eigenerklärung ist der Vergabestelle mit Abgabe des Angebots vollständig ausgefüllt vorzulegen. Wird keine unterschriebene Eigenerklärung abgegeben, wird das Angebot gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 ThürVgG vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Nähere Details und rechtliche Hinweise zu den hier aufgelisteten Anforderungen, finden Sie auch in den „Erläuterungen zur Eigenerklärung“, abrufbar unter:

<https://wirtschaft.thueringen.de/wirtschaft/wirtschaftsverwaltung/oeffentlichesauftragswesen/>

I. Erklärung

Ich/Wir erkläre/erklären, dass mir/uns die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes bekannt sind und ich/wir insbesondere die folgenden daraus resultierenden Anforderungen und Verpflichtungen einhalten werde/werden:

1. Die Pflicht zur Tariftreue gemäß § 6 Abs. 1 ThürVgG.
2. Die Pflicht zur Zahlung des für repräsentativ erklärten Tarifentgelts (§ 6 Abs. 4 S. 1 und 2). Falls keine Bekanntgabe nach § 6 Abs. 4 S. 4 vorliegt oder das Entgelt geringer wäre als das Entgelt nach § 6 Abs. 4 S. 5, die Pflicht zur Zahlung eines Entgelts, das mindestens 1,50 Euro über dem aktuell gültigen gesetzlichen Mindestlohn liegt (§ 6 Abs. 4 S. 5 und 6 ThürVgG). Dies gilt auch für jedwede eingesetzte Nachunternehmer.
3. Die Anforderungen des § 6 Abs. 5, den Einsatz von Leiharbeitskräften betreffend.
4. Die Pflicht zur Entgeltgleichheit nach § 6 Abs. 10 ThürVgG.
5. Die Notwendigkeit vor dem Einsatz von jedweden Nachunternehmern gemäß § 7 Abs. 1 ThürVgG die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.
6. Die Weitergabe der aus dem ThürVgG resultierenden Pflichten an jedweden von mir/ uns eingesetzten Nachunternehmer gemäß § 7 Abs. 2 und 4 ThürVgG und damit einhergehend auch meine/ unsere Verpflichtung zur Kontrolle der Einhaltung dieser Pflichten durch alle Nachunternehmer.
7. Die Pflicht zur Vorhaltung von Unterlagen durch mich/uns nach § 12 Abs. 1 sowie jedweden von mir/ uns eingesetzten Nachunternehmer nach § 12 Abs. 2 ThürVgG für Kontrollen, auf deren Möglichkeit ich auch meine/ unsere Beschäftigten hinweise.

Mir/ uns ist bewusst, dass die Nichteinhaltung der vorgenannten Verpflichtungen Sanktionen nach sich ziehen kann, namentlich die Verhängung von Vertragsstrafen gemäß § 13 Abs. 1, die fristlose Kündigung des Vertrages gemäß § 13 Abs. 2 oder der Ausschluss von Vergabeverfahren für eine Dauer von bis zu drei 3 Jahren gemäß § 13 Abs. 3 ThürVgG.

II. Sanktionen gemäß § 13 Abs. 1 und 2 ThürVgG

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

1. für jeden schuldhaften Verstoß gegen eine der Verpflichtungen nach §§ 6, 7 und 12 ThürVgG, eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % des Auftragswertes (ohne Umsatzsteuer) an den Auftraggeber zu zahlen.
2. zur Zahlung der Vertragsstrafe auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von mir/uns eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass ich/wir den Verstoß weder kannte(n) noch kennen musste(n)

Mir/Uns ist bewusst, dass nach § 13 Abs. 4 ThürVgG die Geltendmachung dieser Vertragsstrafe von der Geltendmachung einer Vertragsstrafe aus anderen Gründen sowie der Geltendmachung sonstiger Ansprüche unberührt bleibt.

Weiter wird vereinbart, dass

3. Der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt ist, wenn wir oder ein von mir/uns eingesetzter Nachunternehmer die aus dem § 6 ThürVgG resultierenden Anforderungen schuldhaft nicht erfüllen oder wenn schuldhaft gegen die Verpflichtungen der §§ 7 und 12 Abs. 2 ThürVgG verstoßen wird.

Vergabenummer: 152-0004/26-F-OV-41

Name/ Stempel des Bieters

Ort, Datum

Unterschrift

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung:	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verpflichtungserklärung¹ Unterauftragnehmer

(vom Unterauftragnehmer auszufüllen)

.....

.....

.....

.....

.....

(Name und Anschrift des Unterauftragnehmers)

Wir verpflichten uns im Falle der Auftragserteilung an die

.....

.....

.....

.....

.....

(Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters/Mitgliedes der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis Unterauftragnehmer“ für unser Unternehmen aufgeführten Teilleistungen zu erbringen.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschrift
des Unterauftragnehmer)

Hinweis: Die Vergabestelle behält sich vor, nicht im Original vorgelegte Erklärungen als Original nachzufordern.

¹ Bei Mehrbedarf Kopien fertigen

Bezeichnung der Leistung

Projekt	L 1044N A 4 bis GG Thörey (inkl. AS Neudietendorf)
Leistung	Los 2: Erstellung Fachbeitrag Klimaschutz

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

(vom anderen Unternehmen auszufüllen)

.....
.....
.....

(Name und Anschrift des anderen Unternehmens)

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die

.....
.....
.....

(Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters/Mitgliedes der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)“ aufgeführten Angaben zu der von uns überlassenen Kapazitäten der wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit bereitzustellen.

(Ort),

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Bewerbers/Bieters)(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Haftungserklärung im Rahmen der finanziellen oder wirtschaftlichen Eignungsleihe

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des nachstehend mitunterzeichnenden Unternehmens in Anspruch. Dieses verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(Ort),

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Bewerbers/Bieters)(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Anmerkung: Die Vergabestelle behält sich vor, nicht im Original vorgelegte Erklärungen als Original nachzufordern.

Name und Anschrift des Bieters/Bewerbers

(Firma inkl. Rechtsform bzw. Name
des/der Unternehmers*in, sofern
keine Handelsgesellschaft)

Datum**Vergabenummer**

152-0004/26-F-OV-41

Eigenerklärung bzgl. Artikel 5k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikels 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates

5. Sanktionspaket – Anwendung der Russland-Sanktionen
im Bereich der Vergabe der öffentlichen Aufträge und Konzessionen vom 8. April 2022

(Stand: 12.05.2022)

Wichtige Hinweise:

1. Dieses Formblatt ist von allen Bietern/Bewerber auszufüllen.
Bei einer Bieter-/Bewerbergemeinschaft ist das Formblatt jeweils von allen Mitgliedern der Bieter-/Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen.
2. Dieses Formblatt ist der Vergabestelle innerhalb der von ihr bestimmten Frist bzw. zum geforderten Zeitpunkt vorzulegen.
3. Wird dieses Formblatt der Vergabestelle nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt, wird das Angebot vom Vergabeverfahren nach § 57 Absatz 1 Nummer 2 VgV bzw. § 16 Nummer 4 VOB/A-EU ausgeschlossen.
4. Ist
 - bei schriftlicher Erklärung das Formblatt nicht an der dafür vorgesehenen Stelle unterschrieben,
 - bei Erklärung in Textform (z. B. elektronische Übermittlung, Telefax) der Bieter nicht erkennbar oder
 - die elektronische Erklärung, die signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Der/die **Bewerber/Bieter** gehört/gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikels 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

Vergabestelle
Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr
Referat 41
Hallesche Straße 15/16

Name und Anschrift des Bieters/Bewerbers

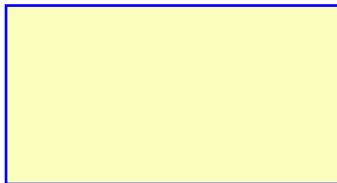
(Firma inkl. Rechtsform bzw. Name
des/der Unternehmers*in, sofern
keine Handelsgesellschaft)

Datum

Vergabenummer
152-0004/26-F-OV-41

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutrifft.
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Unterschrift bei schriftlicher Erklärung:



Vergabestelle
Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr
Referat 41
Hallesche Straße 15/16

99085 Erfurt

Name und Anschrift des Bieters/Bewerbers

(Firma inkl. Rechtsform bzw. Name
des/der Unternehmers*in, sofern
keine Handelsgesellschaft)

Datum**Vergabenummer****152-0004/26-F-OV-41**

Artikel 5k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Vergabestelle**Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr****Referat 41****Hallesche Straße 15/16****99085 Erfurt**